

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhalt	XI
Einleitung	1
A. Das Paten <thaftungsrecht im="" patentschutz="" spannungsfeld="" th="" und="" von="" wettbewerb<=""></thaftungsrecht>	1
B. Themenstellung	4
C. Gang der Untersuchung	4
D. Arbeitsthese	5
1. Teil Verfassungsrechtlicher Rahmen der Ausgestaltung des Paten<thaftungsrechts< th=""></thaftungsrechts<>	7
A. »Verfassungsrechtliches Haftungsrecht«	7
B. Verfassungsrechtlicher Schutz des Patents	14
C. Ergebnis	20
2. Teil Die Paten<thaftung der="" des="" inhalt="" th="" und="" verschuldensprinzips<=""></thaftung>	23
A. Der patentrechtliche Haftungstatbestand	23
B. Allgemeiner Deliktsaufbau	26
C. Inhalt des Verschuldens	28
3. Teil Verteilung des Irrtumsrisikos und komplementäre Sorgfaltspflichten	35
1. Abschnitt Die Irrtümer über die Patentlage	35
A. Der Rechtsirrtum im Patentrecht – konkret patentbezogener Irrtum	36
B. Tatsachen als Irrtumsgegenstand	38
C. Die Irrtümer im Patentrecht im Einzelnen	40
D. Der Beweis des Irrtums	45
2. Abschnitt Die Verteilung des Irrtumsrisikos beim konkret patentbezogenen Irrtum	47
A. Die Steuerung patentbetroffener Aktivität über die verkehrserforderliche Sorgfalt	48
B. Die Charakteristika der Paten <thaftung< th=""></thaftung<>	60
C. Die sachgerechte Verteilung des Irrtumsrisikos im Paten <thaftungsrecht< th=""></thaftungsrecht<>	91
D. Ergebnis und Ausgestaltung der Vertretbarkeitsprüfung	102
3. Abschnitt Konzentration der Patentprüfung und komplementäre Sorgfaltspflichten	105
A. Fahrlässigkeitsmaßstab und Verkehrskreis	105

B.	System komplementärer Sorgfaltspflichten	109
C.	Die einzelnen Verletzergruppen	113
4.	Abschnitt Entschuldigung durch Sach- und Rechtsrat	120
A.	Einordnung in die Fahrlässigkeitsprüfung	120
B.	Rechtsprechungsübersicht zur Einholung Sach- und Rechtsrats	125
C.	Anforderungen an die Einholung sach- und rechtskundigen Rats	131
D.	Umgang mit verbleibenden Restzweifeln und Ergebnis	135
4.	Teil Die Bedeutung des Verschuldens	137
1.	Abschnitt Schadensersatz und Bedeutung des Verschuldens	137
A.	Das Verschuldensprinzip und die dreifache Schadensberechnung	139
B.	Ergebnis	155
2.	Abschnitt Prävention	156
A.	Begriff und Bedeutung von Prävention	156
B.	Grundlagen für die Ausgestaltung eines präventiven Schadensersatzrechts	157
C.	Sinnhaftigkeit präventiv wirkenden Schadensersatzes im Patentrecht	165
D.	Zulässigkeit eines aus Präventionsgründen erhöhten Schadensersatzes	174
E.	Ergebnis zur Prävention	180
5.	Teil Besondere Verschuldensfragen	181
1.	Abschnitt Der Irrtum über den Schutzbereich im Patenthaftungsrecht	181
A.	Irrtumsgrundlagen	182
B.	Rechtsprechung zum Irrtum über den Schutzbereich des Patents	185
C.	Grundsätzlicher Verschuldensmaßstab	189
D.	Kriterien zur Beurteilung des Irrtums über den Schutzzumfang des Patents	190
E.	Ergebnis	203
2.	Abschnitt Der Irrtum über die Rechtsbeständigkeit	205
A.	Inhalt und Eigenarten des Irrtums über die Rechtsbeständigkeit	205
B.	Entschuldbarkeit des Irrtums über die Rechtsbeständigkeit	209
C.	Die erfinderische Tätigkeit als Sachvoraussetzung des Patentschutzes	217
D.	Bewertung der Rechtsprechung zum Irrtum über die Rechtsbeständigkeit	226
E.	Genereller Sorgfalsmaßstab	230
F.	Verschuldensrelevante Kriterien	232
G.	Ergebnis	236
3.	Abschnitt Mittelbare Patentverletzung nach § 10 PatG und im weiteren Sinne	238
A.	Zweck des § 10 PatG	238
B.	Struktur des Tatbestands: Subjektive Tatbestandsmerkmale	239
C.	Dogmatische Einordnung und möglicher Schadensersatzanspruch	240
D.	Bezugspunkt von Wissen und Offensichtlichkeit nach § 10 PatG	242
E.	Die verkehrserforderliche Sorgfalt des mittelbaren Patentverletzers	245
F.	Ergebnis	252

4. Abschnitt Die unberechtigte Schutzrechtsverwarnung	254
A. Allgemeines	254
B. Interessenlage	255
C. Komplementarität von unberechtigter Schutzrechtsverwarnung und Patenthaftung	258
D. Rechtsprechung	264
E. Kriterien für die Verschuldensprüfung	269
F. Ergebnis	275
6. Teil Schadensersatz und Verschulden nach Art. 68 EPGÜ	277
A. Grundlagen und Regelungssystematik	277
B. Der Schadensersatzanspruch nach Art. 68 EPGÜ	283
C. Das Verschuldensprinzip als Schlüssel zum richtigen Verständnis des Art. 68 EPGÜ	285
D. Die korrekte Anwendung des Art. 68 EPGÜ im Einzelnen	287
E. Kein Wahlrecht des Verletzten	292
F. Leitlinien für die Verschuldensprüfung	293
G. Zusammenfassung und Ergebnis	297
7. Teil Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	299
A. Zusammenfassung	299
B. Fazit	302
C. Ausblick: Schadensersatz und Verschulden im Einheitlichen Patentsystem	304
Abkürzungen	307
Literatur	311
Sachregister	323

Inhalt

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
A. <i>Das Patenthaftungsrecht im Spannungsfeld von Patentschutz und Wettbewerb</i>	1
B. <i>Themenstellung</i>	4
C. <i>Gang der Untersuchung</i>	4
D. <i>Arbeitsthese</i>	5
1. Teil Verfassungsrechtlicher Rahmen der Ausgestaltung des Patenthaftungsrechts	7
A. <i>»Verfassungsrechtliches Haftungsrecht«</i>	7
I. Haftungsrecht und Verschuldensprinzip	7
II. Haftung und die Kollision von Grundrechten	8
1. Objektivrechtliche Funktion der Grundrechte	8
2. Praktische Konkordanz	9
III. Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung des Haftungsrechts	10
1. Kein »verfassungsrechtliches Haftungsrecht«	10
2. Bindung der Gerichte an die Entscheidung des Gesetzgebers	12
3. Kein Verbot der Verhaltenssteuerung durch Privatrecht	12
B. <i>Verfassungsrechtlicher Schutz des Patents</i>	14
I. Das Patent	14
1. Privatnützigkeit des Patents	15
2. Sozialbindung des Patents	15
3. Ausgleich von Privatnützigkeit und Sozialbindung	16
II. Differenzierung nach Eingriffen in Verfügungs- und Verwertungsrechte	17
1. Anhaltspunkte aus dem Urheberrecht	17
2. Einschränkung des Verfügungsrechts im Patentrecht	19
C. <i>Ergebnis</i>	20
2. Teil Die Patenthaftung und der Inhalt des Verschuldensprinzips	23
A. <i>Der patentrechtliche Haftungstatbestand</i>	23
I. Die Patentverletzung	23
II. Rechtsfolgen der Patentverletzung	25
III. Verschulden als Voraussetzung der Patenthaftung	26
B. <i>Allgemeiner Deliktsaufbau</i>	26

C.	<i>Inhalt des Verschuldens</i>	28
I.	Vorsatz	28
1.	Geringe Bedeutung des Vorsatzes im Patenthaftungsrecht	28
2.	Vorsatz- und Schuldtheorie	29
II.	Fahrlässigkeit	30
1.	Keine Unterscheidung zwischen äußerer und innerer Sorgfalt	30
2.	Objektivierte Fahrlässigkeit	30
3.	Keine pauschale Diskriminierung des Rechtsirrtums	31
4.	Die verkehrserforderliche Sorgfalt	33
3. Teil	Verteilung des Irrtumsrisikos und komplementäre Sorgfaltspflichten	35
1. Abschnitt	Die Irrtümer über die Patentlage	35
A.	<i>Der Rechtsirrtum im Patentrecht – konkret patentbezogener Irrtum</i>	36
B.	<i>Tatsachen als Irrtumsgegenstand</i>	38
C.	<i>Die Irrtümer im Patentrecht im Einzelnen</i>	40
I.	Irrtum über den Schutzbereich des Patents	40
1.	Die Subsumtion der angegriffenen Ausführungsform	41
2.	Die Unkenntnis vom entgegenstehenden Patentschutz	42
II.	Irrtum über die Rechtsbeständigkeit	43
III.	Gesetzesirrtum	43
D.	<i>Der Beweis des Irrtums</i>	45
2. Abschnitt	Die Verteilung des Irrtumsrisikos beim konkret patentbezogenen Irrtum	47
A.	<i>Die Steuerung patentbetroffener Aktivität über die verkehrserforderliche Sorgfalt</i>	48
I.	Die Prüfung der Patentlage anhand einer Freedom-to-Operate-Search	48
II.	Drei Aspekte der Fahrlässigkeit im Patenthaftungsrecht	50
III.	Verteilung des Irrtumsrisikos: milder und strenger Sorgfaltsmaßstab	52
IV.	Die Rechtfertigung strenger Sorgfaltsanforderungen	54
1.	Geringere Informations- und Fehlerkosten	55
2.	Bessere Kostentragungskapazitäten und Versicherung	56
3.	Beeinflussung des Aktivitätsniveaus haftungsbetroffener Tätigkeit	56
V.	Kriterien für die Entscheidung über die Reichweite des Rechtsgüterschutzes	59
B.	<i>Die Charakteristika der Patenthaftung</i>	60
I.	Die patentgeschützte Erfindung	61
1.	Ubiquität und rivalisierende Nutzung	61
2.	Folgen des Schutzrechtseingriffs	62
3.	Feststellung des Schutzbereichs nur über wertende Verstandestätigkeit	62
4.	Publizität	64
II.	Gesteigerte Verletzlichkeit des Patents	64
III.	Kosten und Nutzen des Patentsystems	65
1.	Zweck des Patentsystems	65

2. Kosten des Patentsystems	66
a) Wohlfahrtsverlust	66
b) Weitere Kosten	67
3. Folgerungen für die Ausgestaltung des Haftungssystems	68
IV. Risikocharakter des Patents	69
1. Unsicherheiten hinsichtlich der Rechtsbeständigkeit des Patents	69
2. Bestimmtheit im Patentrecht	73
a) Bestimmtheitsanforderungen nach deutscher Rechtsprechung	75
b) Anreiz zu unbestimmter Anspruchsformulierung	75
c) Folgen für die Patenthaftung	77
V. Gewicht der Interessen der gefährdenden Handlung und Schwere der Beeinträchtigung der Handlungsfreiheit	81
1. Vom Patentschutz betroffener Personenkreis	81
2. Besonderheiten der Patentverletzung gegenüber dem Marken- und Urheberrecht	82
a) Wettbewerbsbeeinträchtigende Wirkung des Patents	83
b) Schwierigkeit der Beurteilung der Patentlage und Rückschaufehler	86
c) Näheinteresse: Inventing und Designing Around	87
aa) Markenrecht	88
bb) Patentrecht	88
d) Folgerungen für den Sorgfaltsmaßstab	89
VI. Kosten und Nutzen von Risikovermeidungsaufwendungen	90
C. <i>Die sachgerechte Verteilung des Irrtumsrisikos im Patenthaftungsrecht</i>	91
I. Argumente für eine Gefährdungshaftung im Patentrecht	92
1. Erhaltung des Anreizes für erfinderische Tätigkeit	92
2. Eintritt der Patentverletzungsfolgen auf Seiten des Patentverletzers	92
3. Einfluss auf das Aktivitätsniveau patentgefährdender Tätigkeiten	93
4. Die Patenthaftung als unilateraler Fall	94
5. Das Patent als Wirtschaftsrecht	95
6. Unzulänglichkeiten der Fahrlässigkeitshaftung	96
II. Argumente für die Fahrlässigkeitshaftung	97
1. Breathing Space für Patentbetroffene	97
2. Der Patentanmelder als Risikovermeider vor Patenterteilung	98
3. Möglichkeit der Differenzierung nach der Person des Patentverletzers	99
III. Abwägung	100
1. Entscheidung des Gesetzgebers	100
2. Abgestuftes Haftungssystem und milde Sorgfaltspflichten für konkret patentbezogene Irrtümer	100
D. <i>Ergebnis und Ausgestaltung der Vertretbarkeitsprüfung</i>	102
3. Abschnitt Konzentration der Patentprüfung und komplementäre Sorgfaltspflichten	105
A. <i>Fahrlässigkeitsmaßstab und Verkehrskreis</i>	105
I. Perspektive des Durchschnittsfachmanns	106
II. Diskrepanz zwischen Verkehrskreis und Durchschnittsfachmann	106
III. Konzentration der Patentprüfung	107
IV. Mögliche Entschuldbarkeit bei laienhafter Patentauslegung	108

B. System komplementärer Sorgfaltspflichten	109
C. Die einzelnen Verletzergruppen	113
I. Der Hersteller der angegriffenen Ausführungsform	113
II. Zulieferer	114
III. Endhersteller	115
IV. Händler	116
V. Importeur	118
VI. Sonstige Patentbetroffene	119
4. Abschnitt Entschuldigung durch Sach- und Rechtsrat	120
A. Einordnung in die Fahrlässigkeitsprüfung	120
I. Foolishness und Selfishness	120
II. Fähigkeiten des Verletzers und Pflicht zur Einholung externen Sach- und Rechtsrats	121
III. Ansprüche gegen Patentverletzer und Gutachter	122
1. Keine Zurechnung des Verschuldens des Gutachters nach § 278 BGB	123
2. Anspruch aus § 831 BGB gegen den Patentverletzer	123
3. Ansprüche gegen den Gutachter	124
B. Rechtsprechungsübersicht zur Einholung Sach- und Rechtsrats	125
I. Grundsätzliche Maßstäbe nach der Rechtsprechung	126
II. Strenger Sorgfaltsmaßstab: Küchenmaschine, Kindernähmaschinen und Laux-Kupplung I	126
1. Küchenmaschine	127
2. Kindernähmaschinen	127
3. Laux-Kupplung I	128
4. Zusammenfassung und Bewertung des strengen Maßstabs	129
III. Milder Sorgfaltsmaßstab: maschenfester Strumpf und Kunststoffhohlprofil	129
1. Maschenfester Strumpf	129
2. Kunststoffhohlprofil	130
3. Bewertung des milden Maßstabs	130
C. Anforderungen an die Einholung sach- und rechtskundigen Rats	131
I. Guter Glaube an die Richtigkeit des Gutachtens	131
II. Sorgfältige Auswahl des Sach- und Rechtskundigen	133
III. Zutreffende und vollständige Sachverhaltsschilderung	134
IV. Anschließende Plausibilitätskontrolle	134
D. Umgang mit verbleibenden Restzweifeln und Ergebnis	135
4. Teil Die Bedeutung des Verschuldens	137
1. Abschnitt Schadensersatz und Bedeutung des Verschuldens	137
A. Das Verschuldensprinzip und die dreifache Schadensberechnung	139
I. Konkrete Schadensberechnung	139
II. Verletzergewinn und Gemeinkostenanteil-Entscheidung	141
III. Der Übergang zur zweifachen Schadensberechnung	143

1. Zweifache Schadensberechnung	143
2. Gemeineuropäischer Schadensbegriff	145
3. Nachweiserleichterungen über § 287 ZPO und § 252 S. 2 BGB	146
IV. Lizenzanalogie	147
1. Berechnung der Lizenzanalogie	147
a) Lizenz erhöhende Faktoren	149
b) Lizenzmindernde Umstände	152
2. Verhältnis zum Bereicherungsausgleich	153
B. Ergebnis	155
2. Abschnitt Prävention	156
A. Begriff und Bedeutung von Prävention	156
B. Grundlagen für die Ausgestaltung eines präventiven Schadensersatzrechts	157
I. Maßgebliche Perspektive: Patentverletzer	157
II. Beeinflussung der Kosten-Nutzen-Rechnung der Patentbetroffenen	157
III. Gesamtbetrachtung der Patentverletzungsrechtsfolgen	159
1. Zivilrechtlicher Rechtsfolgenrahmen der Patentverletzung	159
2. Strafrechtliche Sanktion, § 142 PatG	161
IV. Prävention und Verschulden	162
V. Berücksichtigung der Aufdeckungswahrscheinlichkeit	163
C. Sinnhaftigkeit präventiv wirkenden Schadensersatzes im Patentrecht	165
I. Gründe für präventiv wirkenden Schadensersatz	165
II. Gründe gegen präventiv wirkenden Schadensersatz	166
III. Abwägungsergebnis: Präventiv wirkender Schadensersatz nur bei Vorsatz	168
1. Kein überkompensatorischer Schadensersatz bei Fahrlässigkeit	168
2. Überkompensatorischer Schadensersatz nur bei Vorsatz	169
a) Bedingter Vorsatz und bewusste Fahrlässigkeit	169
b) Überkompensatorischer Schadensersatz nur bei wissentlichem oder absichtlichem Handeln	171
3. Konkrete Ausgestaltung überkompensatorischen Schadensersatzes	172
a) Anknüpfung an die Lizenzanalogie	172
b) Verdoppelung der Verletzerlizenz	173
c) Anspruchsberechtigter	173
D. Zulässigkeit eines aus Präventionsgründen erhöhten Schadensersatzes	174
I. Prävention und die Durchsetzungsrichtlinie	174
II. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	177
III. Kein überkompensatorischer Schadensersatz nach geltendem Recht	179
E. Ergebnis zur Prävention	180
5. Teil Besondere Verschuldensfragen	181
1. Abschnitt Der Irrtum über den Schutzbereich im Patenthafungsrecht	181
A. Irrtumsgrundlagen	182
B. Rechtsprechung zum Irrtum über den Schutzbereich des Patents	185

I.	Grundsätze	185
II.	Kritik	187
C.	<i>Grundsätzlicher Verschuldensmaßstab</i>	189
D.	<i>Kriterien zur Beurteilung des Irrtums über den Schutzzumfang des Patents</i>	190
I.	Bestimmtheit der Patentansprüche	190
II.	Entfernung der Ausführungsform vom Begriffskern der Patentansprüche	191
1.	Begriffskern und Begriffshof der Patentansprüche – Sprachgebrauch	191
2.	Die äquivalente Patentverletzung	193
3.	Reverse doctrine of equivalents	194
III.	Beitrag der Erfindung zum Stand der Technik	195
IV.	Bestreben des Verletzers um ein Design Around	196
1.	Design Around kein Indiz für die Annahme von Verschulden	196
2.	Anforderungen an die entschuldigende Wirkung des Design Around	197
V.	Umgebungsspielraum	198
VI.	Vertrauen auf entlastende Umstände außerhalb der Patentschrift	198
1.	Erklärungen in Erteilungs- und Bestandsverfahren	199
2.	Entscheidungsgründe in Erteilungs- und Bestandsverfahren	199
3.	Die Erteilungsakte	200
4.	Entscheidungen ausländischer Gerichte	202
VII.	Auseinanderfallen von Anspruch und Beschreibung, allgemeiner Sprachgebrauch	202
E.	<i>Ergebnis</i>	203
2.	Abschnitt Der Irrtum über die Rechtsbeständigkeit	205
A.	<i>Inhalt und Eigenarten des Irrtums über die Rechtsbeständigkeit</i>	205
I.	Unterscheidung zwischen Tatsachen- und Rechtsfragen	206
II.	Wechselwirkungen mit Erteilungs- und Bestandsverfahren	207
III.	Maßgeblichkeit der Patentansprüche für die Auslegung des Patents	208
B.	<i>Entschuldbarkeit des Irrtums über die Rechtsbeständigkeit</i>	209
I.	Gründe gegen die Entschuldbarkeit des Irrtums	210
II.	Gründe für die Entschuldbarkeit des Irrtums	211
1.	Freihaltebedürfnis	211
2.	Rückwirkende Vernichtung des Patents	212
3.	Die Tatbestandswirkung wird nicht beseitigt	213
4.	Abwarten von Bestandsentscheidungen nicht immer zumutbar	214
5.	Notwendige Rechtssicherheit für den Patentinhaber	215
6.	Die Rechtsprechung zur unberechtigten Schutzrechtsverwarnung	215
7.	Eingeschränkte Autorität des Patents und Antragsprinzip	215
III.	Zwischenergebnis	216
C.	<i>Die erfinderische Tätigkeit als Sachvoraussetzung des Patentschutzes</i>	217
I.	Erfinderische Tätigkeit und verkehrserforderliche Sorgfalt	218
II.	Das Problem rechtssicherer Beurteilung erfinderischer Tätigkeit	219
1.	Fehlende Messbarkeit technischen Fortschritts in der Rückschau	219
2.	Die Prüfung der erfinderischen Tätigkeit durch den BGH	220
3.	Beweisanzeichen und ihre Berücksichtigung durch den BGH	221

4. Obligatorische Berücksichtigung von Beweisanzeichen	222
III. Beweisanzeichen und der Irrtum über die Rechtsbeständigkeit	224
1. Technische Entwicklungen auf der Angebotsseite	225
2. Entwicklungen auf der Nachfrageseite	225
D. <i>Bewertung der Rechtsprechung zum Irrtum über die Rechtsbeständigkeit</i>	226
I. Rechtsprechungsübersicht	226
II. Kritik	228
E. <i>Genereller Sorgfaltsmaßstab</i>	230
F. <i>Verschuldensrelevante Kriterien</i>	232
I. Differenzierung nach Erteilungsvoraussetzungen	232
1. Neuheit	232
2. Erfinderische Tätigkeit	233
3. Bisher unberücksichtigter Stand der Technik	233
4. Substantiierung des Vorbringens	234
II. Anhaltspunkte aus ausländischen EPÜ-Gerichtsentscheidungen	234
III. Höhere Autorität des Patents mit fortschreitender Lebensdauer	234
IV. Beschränkte Verteidigung der Patentansprüche in Bestandsverfahren	235
V. Sonderfall: Formstein-Einwand	236
G. <i>Ergebnis</i>	236
3. Abschnitt Mittelbare Patentverletzung nach § 10 PatG und im weiteren Sinne	238
A. <i>Zweck des § 10 PatG</i>	238
B. <i>Struktur des Tatbestands: Subjektive Tatbestandsmerkmale</i>	239
C. <i>Dogmatische Einordnung und möglicher Schadensersatzanspruch</i>	240
D. <i>Bezugspunkt von Wissen und Offensichtlichkeit nach § 10 PatG</i>	242
I. Wissen um den entgegenstehenden Patentschutz	242
II. Erfordernis einer Verkehrspflichtverletzung	244
III. Eignung und Bestimmung der Mittel zur Benutzung der Erfindung	244
E. <i>Die verkehrserforderliche Sorgfalt des mittelbaren Patentverletzers</i>	245
I. Allgemeines	245
II. Grundsatz: Keine Patentprüfungspflicht und Vertrauensschutz	247
1. Spezifisch an die Patentmerkmale gebundener Verletzungsbegriff	247
2. Erforderlichkeit des Vorgehens gegen den mittelbaren Patentverletzer	247
3. Effizientes Gesamthaftungssystem und komplementäre Sorgfaltspflichten	248
4. Vertrauensgrundsatz	249
5. Vertragliche Zwickmühle	249
III. Ausnahmsweise: Lieferant als »Quasi-Hersteller«	250
1. Möglichkeit patentfreier oder lediglich patentverletzender Benutzung	250
2. Einflussnahme durch den mittelbaren Patentverletzer	251
3. Lieferung patentverletzender Ware ins Inland	251
IV. Intensität der Prüfungspflicht bei konkreten Anhaltspunkten	251
F. <i>Ergebnis</i>	252

4. Abschnitt Die unberechtigte Schutzrechtsverwarnung	254
<i>A. Allgemeines</i>	254
<i>B. Interessenlage</i>	255
I. Bedeutung der Schutzrechtsverwarnung für den Patentinhaber	255
II. Mögliche Auswirkungen auf den Verwarnten	256
<i>C. Komplementarität von unberechtigter Schutzrechtsverwarnung und Patenthaftung</i>	258
I. Übereinstimmende Funktion beider Haftungssysteme	259
II. Spiegelbildargument	259
III. Konzentration des Haftungsrisikos beim besten Risikovermeider	260
1. Verwarnung mit unvertretbarer Begründung der Patentverletzung	263
2. Unberechtigte Schutzrechtsverwarnung gegenüber Abnehmern	263
IV. Ergebnis	264
<i>D. Rechtsprechung</i>	264
I. Darstellung	265
1. Kindermähmaschinen	265
2. Maschenfester Strumpf	265
3. Spritzgießmaschine	266
4. Unberechtigte Schutzrechtsverwarnung	267
II. Bewertung	268
<i>E. Kriterien für die Verschuldensprüfung</i>	269
I. Differenzierung nach der Person des Verwarnten	269
II. Verwarnung des vermeintlichen mittelbaren Patentverletzers	270
III. Differenzierung nach Gegenstand des Irrtums	271
1. Irrtum über die Rechtsbeständigkeit	271
2. Irrtum über den Schutzbereich des Patents	273
3. Irrtum über die angegriffene Ausführungsform	273
IV. Art und Weise der Verwarnung	274
V. Mitverschulden des Verwarnten	275
<i>F. Ergebnis</i>	275
6. Teil Schadensersatz und Verschulden nach Art. 68 EPGÜ	277
<i>A. Grundlagen und Regelungssystematik</i>	277
I. Zweck des Einheitlichen Patentschutzes	278
II. Grundsätzliche Bedeutung des Schadensersatzes nach Art. 68 EPGÜ	278
III. Das Einheitliche Patentsystem	279
1. Regelungsüberblick	279
2. Auf den Schadensersatzanspruch anwendbares Recht	280
3. Einbindung des EuGH	282
<i>B. Der Schadensersatzanspruch nach Art. 68 EPGÜ</i>	283
<i>C. Das Verschuldensprinzip als Schlüssel zum richtigen Verständnis des Art. 68 EPGÜ</i>	285
I. Ausgestaltung der Rechtsfolge entsprechend den Haftungsvoraussetzungen	285

II.	Schutz des Wettbewerbs	286
III.	Das Verschuldensprinzip lässt einen Mindestschutz des Patentinhabers zu	286
IV.	Das Verschuldensprinzip rechtfertigt Nachweiserleichterungen bei der Schadensfestsetzung	287
D.	<i>Die korrekte Anwendung des Art. 68 EPGÜ im Einzelnen</i>	287
I.	Festsetzung des Schadens nach Art. 68 Abs. 3 a) EPGÜ	287
1.	Zweifache Schadensfestsetzung	287
2.	Art. 68 Abs. 3 a) EPGÜ ist vorrangige Art der Schadensfestsetzung	289
II.	Der Pauschalbetrag nach Art. 68 Abs. 3 b) EPGÜ	289
1.	Art. 68 Abs. 3 b) EPGÜ meint die Verletzerlizenzgebühr	289
2.	Geeignete Fälle	290
III.	Der Ausgleich der Patentverletzung nach Art. 68 Abs. 4 EPGÜ	291
1.	Entschädigung nach Art. 68 Abs. 4 Alt. 2 EPGÜ	291
2.	Herausgabe des Verletzergewinns nach Art. 68 Abs. 4 Alt. 1 EPGÜ	291
E.	<i>Kein Wahlrecht des Verletzten</i>	292
F.	<i>Leitlinien für die Verschuldensprüfung</i>	293
I.	Strenge Haftungsfolge bei schuldhaftem Handeln	294
II.	Neuartiges Rechtssystem und Gesetzesirrtum	294
III.	Sprachenregelung und Differenzierung nach der Person des Verletzers	295
G.	<i>Zusammenfassung und Ergebnis</i>	297
7. Teil	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	299
A.	<i>Zusammenfassung</i>	299
I.	Patenthaftung als abgestuftes Haftungssystem	299
II.	Konzentration und Komplementarität der Sorgfaltspflichten	300
III.	Milder Sorgfaltmaßstab und konkret patentbezogene Irrtümer	300
B.	<i>Fazit</i>	302
I.	Abgrenzung von Patentschutz und Handlungs- und Wettbewerbsfreiheit	302
II.	Effiziente Verteilung der Risikovermeidungsaufwendungen	304
C.	<i>Ausblick: Schadensersatz und Verschulden im Einheitlichen Patentsystem</i>	304
Abkürzungen	307
Literatur	311
Sachregister	323